

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Antifaschisten wählen Kommunisten
Macht alles mobil zum Massenbekenntnis für die Liste

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball

9. Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. Februar 1933 Nummer 32

Einheitsfront-Angebot der roten Verbände

Schreiben der Einheitsverbände der Metallarbeiter und für das Baugewerbe an DMB und BOB . Gemeinsame Vordruckung und konkrete Kampfmaßnahmen vorgeschlagen . Arbeiter, nehmt sofort in allen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaftsversammlungen Stellung für proletarische Kampfeinheit gegen Faschismus

Berlin, 14. Februar (Eig. Ber.)

Der Einheitsverband der Metallarbeiter hat am 11. Februar ein Schreiben an den DMB Berlin gerichtet, und ebenso der Einheitsverband für das Baugewerbe an den Baugewerksbund, und haben vorgeschlagen, in eine gemeinsame Beratung einzutreten und gemeinsame Maßnahmen zu treffen, durch die die sich in der Arbeiterkategorie anbahnende Einheitsfront für den Kampf gegen den Faschismus gefördert und fester geschlossen wird.

Was aber tun die Führer des DMB und BOB?

Bisher hat der erste Vorsitzende des DMB eine Antwort gegeben — eine unmögliche Antwort; er erklärte den Vertretern des BOB, er sei außerstande, mit ihnen zu verhandeln und zu verhandeln, dafür sei der Ortsausschuss des DMB zuständig. Aber ein Ausweichen, Verschleppen und Hinhalten kann und darf von den Arbeitern nicht mehr geduldet werden. Die Lage ist äußerst ernst und

es geht jetzt um große Entscheidungen.

um das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse. Soll es so werden, wie in Italien, Spanien oder im Polen-Subjekt? Doch ist die Arbeiterklasse Deutschlands imstande, dem Faschismus entgegenzutreten, ihn zurückzuschlagen und niederzutreten. Der Schlüssel der Erfolge und des Sieges der Arbeiterklasse ist das einheitliche gemeinsame Handeln gegen den Faschismus. Deshalb, Arbeiter, Gewerkschaftsleiter, Proletarier aller Betriebe und Stempelstellen, nehmt sofort Stellung.

Nicht Beschlässe für die Einheitsfront, sondern auch zum Einheitsangebot der roten Verbände, beratet und beschließt über die konkreten Kampfmaßnahmen.

Vorwärts zum Einheitsfrontkämpfen zur Tat, zum einheitlichen Massenkampf gegen Faschismus, für die Freiheit der Arbeiterklasse!

SPD-Arbeiter, jetzt gilt es!

Schließt mit uns den Angriffsfront der antifaschistischen Kampfeinheit!

Ein Aufruf zum öffentlichen SPD-Parteitag

Mit nachstehendem Artikel teilen wir eine Diskussion über die Frage der Einheitsfront ein, zu der sich auch sozialdemokratische Arbeiter äußern sollen. Wir gehen deshalb auch von einer Betrachtung des letzten Parteitagung des SPD-Parteitagung für Ostschlesien aus, auf welchem der sozialdemokratische Führer Edel unter anderem eine höchst demagogische Rede zur Frage der Einheitsfront hielt. In dieser Rede erklärte er u. a.:

„Wenn die Kommunisten glauben, sich anderen Demonstrationen anschließen und unsere Versammlungen stören zu müssen, um für ihre Streitparolen Stimmung machen zu können, so sind unsere Genossen dafür zu schade.“

Das beweist mir aller Deutlichkeit, daß die sozialdemokratischen Führer ihre ganze Kraft gegen das Zusammenkommen der Einheitsfront der Tat einlegen.

Um so lauter schreien diese SPD-Führer in diesen Tagen über das Angebot eines „Angriffsfrontpakt“ mit der KPD. Darin erschöpfen sich alle ihre „Einheitsfront“-Vorstellungen. Wir aber vermitteln den SPD-Arbeitern den Vorschlag eines gemeinsamen Angriffsfrontpakt gegen den Faschismus und antworten den SPD-Führern mit den Worten unseres Genossen Selmann in einer öffentlichen Diskussionssammlung in Leipzig:

„Wir wollen die Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Brauchen wir mit denen einen „Angriffsfrontpakt“ abzuschließen? Mit wem schließt man solche Pakte ab? Mit seinen kapitalistischen Feinden? Sind denn die sozialdemokratischen Massenangehörigen unsere Feinde? Nein — sie sind unsere Brüder! Mit ihnen brauchen wir keinen Angriffsfrontpakt abzuschließen. Mit ihnen wollen wir einen Angriffsfrontpakt gegen den Kapitalismus haben.“

Dresden, 14. Februar

Angesichts des mörderischen und blutigen Terrors, den die braunen Banden in diesen Tagen zum Zweck der Niederschlagung der Arbeitermassen entfalten und dem Tag für Tag Arbeiter zum Opfer fallen, macht die Erkenntnis von der Notwendigkeit des einheitlichen antifaschistischen Kampfes unter den Arbeitern. Mit der weiteren gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland ist der gewaltige und unzerstörbare Wille zur kämpfenden Einheitsfront in den Massen der Arbeiter immer härter und mächtiger geworden. Auch die Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften sind von diesem Willen zur kämpfenden Einheitsfront erfüllt. Das ist es, was gegenwärtig die sozialdemokratischen Führer veranlaßt, auch ihrerseits viel von der „Einheit des gesamten Proletariats“ zu reden.

So gelang es erst jetzt wieder anlässlich des Parteitagung der SPD Ostschlesiens, auf welchem beziehungsweise der größte Teil des Hauptprekokes der Vertiefung der SPD vor den Angriffen und Anklagen der Kommunisten und auch der sozialdemokratischen Arbeiter gemeldet werden mußte. Aber die

Als Grundlage für die Verhandlungen sind in dem Schreiben vier Punkte aufgestellt: Der erste Punkt schlägt konkrete Kampfmaßnahmen für die Mobilisierung der Betriebe zum Kampf vor. Im zweiten Punkt wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Aufforderung an alle Mitglieder und Anhänger der Gewerkschaften und der roten Verbände zu richten zum Zwecke der

Bildung eines Masseneinheitsfront zum Schutze des Arbeiterlebens, der Arbeiterlokale und des Arbeitereigentums.

Es wird zweitens vorgeschlagen, in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen Aktionsausschüsse zur Organisierung des Kampfes gegen den Terror, gegen Lohnabbau, Durchbrechung des Tarifrechtes, gegen Entlassungen, gegen drohende Angriffe auf die Erwerbslosenversicherung, Krankenversicherung und sonstige soziale Einrichtungen zu bilden.

Drittens wird vorgeschlagen, in gemeinsamer Aussprache die Organisierung des einheitsfrontmäßigen Kampfes zur Vertiefung aller Arbeiterorganisationen, die von dem Faschismus bedroht werden, zu beraten.

Die Schmalzpreise steigen!

Papen verteuerte das Salz — Hitler das Schmalz! Weg mit den neuen Hungerjölken!

Allein die Ankündigung der Erhöhung des Schmalzpreises hat auf dem Berliner Großhandelsmarkt bereits ein Nazischen der Preise hervorgerufen, obwohl die neuen Zollbestimmungen erst am 15. Februar in Kraft treten sollen. Bis jetzt ist bereits im Großhandel eine Preissteigerung von 10 bis 11 Pfennig pro Pfund eingetreten. Am 31. Dezember, vor der Konjunkturerhebung, kostete ein Zentner Schmalz 48—50 Mark, am 8. Februar, vor der Veröffentlichung der neuen Zollbestimmungen, 57—58 Mark für den Zentner Schmalz verlangt und auch bezahlt. Die Verkäufer wurden den Großhändlern fast aus den Händen gerissen. In Nachtreisen wird berichtet, daß die neue Schmalz-Erhöhung in vollem Umfange auf den Verbraucher abgewälzt werden wird.

Die Vertuierung von Schmalz, Speck und Fleisch durch die neuen Zollbestimmungen der Regierung Hitlers, hat im arbeitenden Volk ganz Deutschlands einen Sturm der Entrüstung erregt.

Papen hat uns das Salz verteuert, sagen die Proleten mit Recht, Hitler verteuert uns jetzt Schmalz und Speck! Hitler treibt also keine andere Politik als vor ihm Papen.

Der Angriff, das Berliner Naziblatt des Dr. Goebbels, versucht lebhaft die offizielle Erklärung der Regierung Hitler ab, und zwar unter der absolut irreführenden Überschrift „Schutz der Landwirtschaft!“ Die Voraussetzung einer allgemeinen Geländung. Danach wendet sich der Angriff gegen die „jüdisch-maschinenmäßige“ Presse, welche aus den Zollbestimmungen eine Preissteigerung geschlossen habe; dies sei „eine unerhörte Verleumdung“. Solche Kommentare der Regierungsmassnahmen möchte der Angriff den Staatsanwalt mobil machen, weil dadurch eine „unhörige Beunruhigung“ in die Massen getragen werde.

Der Angriff wagt freilich nicht zu bestreiten, daß die neuen Zollbestimmungen eine Preissteigerung zur Folge haben werden; er möchte nur „energisch“ darauf hinweisen, daß „an sich“ eine Preissteigerung nicht notwendig sei. In den beiden Wörtern „an sich“ liegt der Haken.

Bisher konnte die Arbeiterfront billiges ausländisches Schmalz zum Preise von 50 bis 60 Pfennig kaufen, d. h. erheblich billiger als inländisches Schmalz. Durch die Zollbestimmungen wird das ausländische Schmalz um 20 Pfennig verteuert. Daran kommt kein noch so schlüssiger Kommentar des Naziblattes aus.

Bezeichnend ist, daß der Völkische Beobachter die Regierungserklärung ohne jedes Wort des Kommentars abdruckt.

Das Berliner Tageblatt meldet aus Kopenhagen, daß in Dänemark die neuen deutschen Fleisch- und Schmalzpreise einen Proteststurm hervorgezogen haben. Dänische Zeitungen erklären, daß diese Zollbestimmungen der Protektionierung des offenen Handelskrieges gleichkommen und daß dadurch die deutsche Industrie den letzten Rest ihres skandinavischen Absatzmarktes auch noch verlieren werde.

Aber die deutsche Exportindustrie bedeutet dies den Verlust

von vielen Hundert Millionen Mark, für die deutsche Arbeiterklasse aber verhärtete Arbeitslosigkeit für Zehntausende bisher noch beschäftigter Arbeiter. Das ist die „Arbeitsbeschaffung“, welche die Naziführer versprechen.

Generalschlag gegen KPD schon in aller kürzester Zeit geplant!

Berlin, 14. Februar (Eig. Draht.)

Die Regierung will in den nächsten Tagen oder Wochen schon den Generalschlag gegen die KPD und die proletarischen Massenorganisationen führen. Zur ideologischen Vorbereitung werden — wie wir aus besserer Quelle erfahren — Kampfsparolen: Grobansatz auf Rotfront — Her mit dem Ausnahmegesetz gegen die KPD.

Das mit mit Lüge und Verleumdung arbeitende Flugblatt — wer bezahlt es? — wird in deutschsprachigen (1) Verlag gedruckt und ist gedruckt von dem bereits mehrere Male öffentlich getätigten als Schmißler überführten Herrn Korobi, Leiter der sogenannten „Nationalen Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe“. In Kiefenlettern brüllt es über die erste Seite:

„Verbot der KPD! Verbot der KPD-Presse! Verbot aller KPD-Organisationen! Fort mit den roten Staatsverrätern aus Reichstag und Länderparlamenten!“

So lauten die vier Hauptpunkte des Ausnahmegesetzes gegen die KPD, dessen Verleumdung, wie es in den Hauptprodukten

Korobis heißt, „zu einer eisernen und unumgänglichen Staatsnotwendigkeit geworden ist.“

Diese Pläne der faschistischen Reaktion müssen die gesamte Arbeiterklasse alarmieren und zur eisernen Bilanz gegen jeden Anschlag auf die KPD und die revolutionären Organisationen zusammenschließen. Grobansatz, Ermordung und Hehe, Prostitution, das alles soll jetzt schon der Vorbereitung des Verbotes der kommunistischen Partei dienen. Mit der Unterdrückung der kommunistischen Partei glaubt die Bourgeoisie die Widerstandskraft der Arbeiterklasse brechen und lähmen zu können. Um so gewaltiger muß das Echo in den Arbeiterreihen auf alles, was auf das KPD-Verbot abzielt, sein. Die Arbeitermassen werden die Alarmzeichen der Stunde verstehen und zu beantworten wissen mit dem

Massenkampf gegen das drohende KPD-Verbot und mit gewaltiger Massenmobilisation für Liste 3!